

Streikzeitung goes Studierendenzzeitung

Liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen,

jetzt ist es schon ganze fünf Wochen her, dass wir die erste Ausgabe der Streikzeitung in der Hand hielten. Damit liegt auch der Bildungsstreik schon fünf Wochen zurück. Nach fünf schlaflosen Tagen und Nächten im Laufe der Streikwoche ist bei uns

die Idee geboren aus dem Projekt der Streikzeitung zwar keine studentische Tageszeitung auf Dauer, aber dennoch eine regelmäßig erscheinende Studierendenzzeitung herauszubringen. In den drei Wochen nach dem Streik ist die Gruppe derer, die sich für dieses Projekt begeistern konnten, gewachsen und siehe da, jetzt ist es soweit - die erste Ausgabe ist fertig.

Über den Namen wollen wir euch mitentscheiden lassen. Das heißt, ihr könnt uns eure Ideen entweder per Mail - streikzeitung2009@gmail.com - an uns schicken, oder zu unserer nächsten Redaktionssitzung kommen. Schaut einfach auf die Homepage des AK Bildung:

www.akbildungstuttgart.de

Uniwahlen

Die Wahlbeteiligung war dieses Jahr mit 19,4% so hoch wie noch nie! Im Vergleich zum letzten Jahr wählten 4,7% mehr Studierende ihre studentische Vertretung. Das heißt in konkreten Zahlen ausgedrückt, dass von 16.662 wahlberechtigten Studierenden 3.236 den Weg zur Wahlurne geschafft haben. Doch wer wurde gewählt? Zum einen der AStA, zum anderen die Vertreterinnen und Vertreter der Fakultätsräte.

AStA? - Der AStA der Uni Stuttgart tritt auf der Bühne der Universitätsgremien faktisch nicht auf. Das liegt daran, dass der AStA sein Mandat an die FaVeVe abtritt. Also an die FachschaftsvertreterInnenversammlung, die sich wiederum (wie der Name verrät) aus den einzelnen Fachschaftsvertreterinnen und -vertretern zusammensetzt.

Doch eigentlich haben wir doch den Senat gewählt, oder? - Ja und Nein. Nach der Wahlordnung der Uni Stuttgart ist die Wahl der Studierendenvertretung im Senat gleichzeitig die Wahl des AStA. In den AStA werden neun Studierende gewählt; die ersten drei sind die drei Studierendenvertreter im Senat. Oder andersherum ausgedrückt: die drei "Senatoren" sind auch gleichzeitig mit den weiteren sechs Studierenden mit den meisten Stimmen Mitglieder im

AStA. Dieses Jahr gab es allerdings eine Besonderheit bei den Wahlen. Zum Ersten mal standen zwei Listen zur Wahl. Neben der FaVeVe-Liste, stellte auch die Juso-Hochschulgruppe einen Wahlvorschlag auf. Auf die FaVeVe-Liste entfielen 7.615 Stimmen und damit schickt sie die drei StudierendenvertreterInnen in den Senat, auf die Juso-Liste entfielen 1.370 Stimmen und sie stellt damit einen Vertreter im AStA.

Die komplette Erhebung der Wahlergebnisse und die einzelnen gewählten Vertreterinnen und Vertreter in den Fakultätsräten können auf <http://www.uni-stuttgart.de/zv/dezernat1/Berichtswesen/Wahlamt/index.html> nachgelesen werden.

Lisa Neher

Wahlergebnisse:

Senat:

FaVeVe-Liste:

1. Christian Rickenstorf (Fakultät 7)
1.440 Stimmen
2. Valerie von Koerber (Fakultät 6)
1.409 Stimmen
3. David Hoffmann (Fakultät 2)
898 Stimmen

AStA:

FaVeVe-Liste:

1. Christian Rickenstorf (Fakultät 7)

2. Valerie von Koerber (Fakultät 6)
3. David Hoffmann (Fakultät 2)
4. Tam Nguyen (Fakultät 4)
5. Michael Matheis (Fakultät 5)
6. Kathrin Müller (Fakultät 6)
7. Tobias Haas (Fakultät 8)
8. Daniel Volz (Fakultät 10)

Juso-Hochschulgruppe-Liste:

1. Christoph Gmoser (Fakultät 9)

Inhalt:

Seite 2:

Quo vadis universitas

Seite 3:

Ablauf des Protests

Wie weiter?

Seite 4:

Hochschulpolitische Tagung

Seite 5:

Das Diktat von Lissabon

Quo vadis universitas?

“Der Universitätsrat trägt Verantwortung für die Entwicklung der Universität und schlägt Maßnahmen vor, die der Erhöhung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit dienen.” [1] So wird der Universitätsrat auf der Website der Stuttgarter Uni vorgestellt. Dies scheint zunächst eine reichlich diffuse Beschreibung - “Verantwortung tragen” und “Erhöhung der Leistungsfähigkeit” kann vieles bedeuten.

Wirft man einen Blick in den entsprechenden Gesetzestext (§§20 Landeshochschulgesetz), der die Aufgaben der universitären Gremien festlegt, findet sich quasi der gleiche Wortlaut wieder [2]. Darüber hinaus ist interessant, dass der Unirat im Gesetzestext unverblümt als “Aufsichtsrat” betitelt wird - ein Terminus aus der Wirtschaft, der jenes Gremium bezeichnet, welches die Geschäftsführung überwacht.

Welche Macht hat der Unirat nun, wo der Senat doch eigentlich die Legislative und das Rektorat mit seinen Organen die Exekutive darstellen sollte? Sich weiter durch den Gesetzestext zu kämpfen ist die einzige Möglichkeit, Klarheit zu schaffen: Auffallend ist vor allem, dass der Unirat mit der Kompetenz ausgestattet ist, Beschlüsse über Struktur- und Entwicklungspläne, über den Haushaltsplan und über die Mittelverteilung zu fassen. Außerdem kann er Zustimmung oder Ablehnung zu Hochschulverträgen, Beteiligung an Unternehmen, Errichtung oder Aufhebung von Hochschuleinrichtungen sowie zu hochschulübergreifenden Kooperationen äußern.

Der Senat dagegen (§§19 LHG) ist in vielen Fällen nur berechtigt, eine Stellungnahme abzugeben, beispielsweise zu den wichtigen Struktur- und Entwicklungsplänen oder zum Haushaltsplan.

Dies zeigt, dass dem Unirat weitreichende Befugnisse durch das neue Landeshochschulgesetz von 2005 übertragen wurden. Für alle entscheidenden strukturellen Fragen besitzt er die Kompetenz, Beschlüsse zu fassen. Der Senat darf oft nur Stellung nehmen.

Baden-Württemberg ist hier “exzellent”: Der hiesige Hochschulrat wurde mit

den weitreichenden Kompetenzen in der ganzen BRD ausgestattet, wie eine empirische Studie [3] der Hans Böckler-Stiftung zeigt, die über einen statistischen Kompetenzindex die Bundesländer miteinander vergleicht.

Wer sitzt nun in diesem Unirat? Mehrheitlich universitätsfremde Mitglieder, deren Dominanz sogar per Gesetz vorgeschrieben ist. Exemplarisch sind es in Stuttgart sechs „Externe“, drei Professoren, ein Vertreter aus dem Mittelbau und einer aus der Gruppe der Studierenden [1].

Jedoch meint “extern” hier nicht einen gesellschaftlichen Querschnitt, sondern eine Besetzung

der Posten mit Vertretern aus der Wirtschaft, vor allem aus Großunternehmen (beispielsweise der Unternehmensberater Roland Berger an der LMU München), oft aber auch mit Personen des öffentlichen Lebens, wo man sich fragen mag, wo die Kompetenzen der Jeweiligen liegen. So war Sabine Christiansen lange Zeit Mitglied des Unirats in Rostock - bestimmt hat sie dort die “Diskussionen” genau so “souverän” geführt wie in ihrer einstigen Talkshow. Gerne nimmt man im Unirat auch ausrangierte Politiker, wie z.B. Edmund Stoiber an der TU München. Details zur Besetzung von Uniräten finden sich in Bogumil et al. (2007) [3].

Eine Studie der Universität Duisburg-Essen [4] hat außerdem zum vorläufigen Ergebnis, dass bei der Besetzung des Hochschulrats Drittmittelgaben eine maßgebliche Rolle spielen könnten.

Wieso ein Aufsichtsrat, welcher de jure maximale Kompetenzen hat? Um die “Erhöhung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit” voranzutreiben! Was das nun im konkreten Fall heißt, erläutert Wolfram Ressel im SPIEGEL [5] höchstpersönlich: “Wie ein Unternehmen müssen Sie Schwerpunkte setzen und können nicht alles machen. Man kann die Rahmenbedingungen, unter denen wir arbeiten, gutheißen oder nicht, aber sie sind nun mal da. Der Wettbewerbsdruck ist hoch, da bedarf es eines klaren Profils.”

Die Studierenden, ProfessorInnen und MitarbeiterInnen können mittels

des Unirats von einer kritischen Reflexion und angemessener Mitbestimmung ausgeschlossen oder zumindest kleingehalten werden und “unternehmerisches Bewußtsein” soll endlich auch an der Hochschule implementiert werden.

Der Unirat treibt letztere Entwicklung auf die Spitze, indem er als undemokratisches Gremium die Universität genau dorthin ausrichtet, wo sie von Bertelsmann & Co [6] gesehen werden möchte: Nicht nur eine unternehmerisch geführte, am Markt-Konkurrenzprinzip ausgerichtete Universität, sondern auch eine direkt von Unternehmern geführte Uni.

Ein aktueller Artikel auf Telepolis bringt es auf den Punkt: “Was darüber hinaus vernichtet wird, ist die Universität als Ort der gesellschaftlichen Reflexion und Kritik, die frei wäre in diesem Sinne, nämlich autonom im Sinne des Grundgesetzes. Die Reformhochschule von heute ist eine sinnfreie, gesellschaftlicher Aufgaben entbundene Uni-AG.” [7]

Auswüchse wie der Masterplan sind nicht allein einem Hardliner wie Wolfram Ressel geschuldet, sondern gehen auf tiefer liegende, strukturelle Probleme zurück.

von Björn Schembera

[1] <http://www.uni-stuttgart.de/ueberblick/organisation/organe/>, Zugriff 6.7.2009

[2] Landeshochschulgesetz von Baden-Württemberg, LHG §§20. http://mwk.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/pdf/gesetze/2_Hochschul_Gesetzblatt010105.pdf, 2005, Zugriff 6.7.2009

[3] Bogumil et al: Hochschulräte als neues Steuerungsinstrument? Eine empirische Analyse der Mitglieder und Aufgabenbereiche, 2007

[4] <http://www.uni-due.de/personal/PmWiki/index.php/Forschung/Hochschulraete>, Zugriff 6.7.2009

[5] Der SPIEGEL, 26/2009, S. 40ff

[6] Ziegele, Frank et al. Hochschulreform Baden-Württemberg 2000 - Stellungnahmen und Empfehlungen. <http://www.che.de/downloads/AP27.pdf>, 2000. Zugriff 8.7.2009

[7] <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/30/30669/1.html>, Zugriff 8.7.2009

Ablauf des Protests

23.06.2009: Lichterkette

Dass durch die Pläne des Rektorats nicht nur die Universität Stuttgart betroffen ist, sollte im Rahmen einer Lichterkette zwischen einigen kulturellen Einrichtungen in Stuttgart verdeutlicht werden. Mehrere hundert Studierende und Freunde der Kultur versammelten sich am 23.06.2009 um 21 Uhr, um die Verbindung zwischen den bedrohten Geisteswissenschaften, ihren Studierenden und den kulturellen Einrichtungen hervorzuheben. Es wurde eine geschlossene Lichterkette zwischen dem neuen Kunstmuseum, quer durch den Schlossgarten, bis hin zum Theater gebildet, welche ihre Wirkung in der Öffentlichkeit nicht verfehlte.

24.06.2009: Diskussionsrunde mit dem Rektorat

Die Offene Diskussion mit Rektorat war gut besucht. In dieser Diskussion informierte das Rektorat die Dozenten, Studierenden und sonstigen Teilnehmer über die zukünftig für die Teilnahme an der Exzellenzinitiative II benötigten finanziellen Mittel, die Einrichtung von zwei Kommissionen zur Ausarbeitung konkreter Vorschläge zur Umstrukturierung der Universität und stellte sich zudem einigen Fragen der Studierenden. Im Zusammenhang

dieser Diskussion bot der Rektor Prof. Dr. Wolfram Ressel auch zukünftig weitere Gespräche mit den Studierenden und Dozenten über den aktuellen Entwicklungsstand der Umstrukturierungspläne an. Zudem forderte er die Studierenden dazu auf, die aktuellen Probleme der Universitäten in Deutschland weiterhin in der Öffentlichkeit zu behandeln.

29.06.2009: We are watching you!

Am Montag, den 29. Juni 2009, fand in Vaihingen ein Treffen der Freunde der Universität statt. Nach dem unbefriedigenden Verlauf der offenen Diskussionsrunde mit dem Rektorat sollte gezeigt werden, dass wir uns nicht

verschaukeln lassen. Aus diesem Grund verkleideten sich einige Studierenden als Agenten in schwarzen Anzügen und dunklen Sonnenbrillen. Während der Rede des Rektors zur Lage der Universität zückten die Studierenden ihre Ferngläser, um zu verdeutlichen, dass sie dem Rektorat auch in Zukunft genau auf die Finger sehen werden. Prof. Ressel zeigte sich beeindruckt und sah sich gezwungen, den studentischen Protest als persönlichen Angriff auf ihn und seine Familie zu diffamieren. Dennoch stieß die Aktion in Presse und Öffentlichkeit ausschließlich auf positive Resonanz.

von Daniel Sprenger (Initiative Volluniversität)



Foto: Volker Kintzinger, <http://www.kintzebras.de/gallery/bildungsstreik-2009-demonstration-am-17-juli/page/2/>

Wie weiter?

Am Donnerstag 02.07. fanden sich etwa 60 Interessierte an der Zukunft der Universität Stuttgart zusammen, um der Einladung des AK Bildung und Prof. Dr. Michael Weingarten zu folgen und darüber zu diskutieren, wie es nach dem Bildungsstreik und der Hochphase der Proteste gegen den Masterplan weiter gehen kann.

Die erste Botschaft des Abends: Der Masterplan ist tot - es lebe der Masterplan!

Von Seiten der Rektorats wurde zwar proklamiert, dass es einen Masterplan nie gegeben habe, oder wenn doch, dann zumindest nicht so, wie wir Studierende und die mediale Öffentlichkeit diesen aufgefasst haben, oder wenn doch, dann ist er jetzt zumindest in dieser Form vom Tisch und wird in verschiedenen Kommissionen zur Umstrukturierung

der Universität neu verhandelt. Diese Kommissionen haben allerdings nur beratende Funktion, werden alleine vom Rektorat bestellt, jede demokratische Einflussnahme auf den Prozess wird damit verhindert und eine studentische Vertretung ist, da Vertretung von Partikularinteressen, dort nicht vorgesehen. Worüber man sich allerdings einig sein kann, die Umstrukturierungspläne werden damit hinausgezögert - das kann eine Chance, aber auch der Tod einer Gegenbewegung sein, nämlich dann wenn wir uns sicher wähnen, uns von unseren Prüfungen und Stress des Alltags einnehmen lassen und dann unvorbereitet im neuen Semester mit einem neuen "Masterplan" überrascht werden. Doch wie wir die gewonnene Zeit im Sinne des Protests sinnvoll

nutzen können, war gerade das Thema der Diskussionsrunde.

Die zweite Botschaft des Abends: Zusammenarbeit - und das am besten auf allen Ebenen.

Die Aufgaben der Verwaltung der Uni Stuttgart werden immer komplexer und darum stellen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter berechnete Forderungen nach Lohnerhöhungen. Wir sollten diese Forderungen unterstützen, aber verhindern, dass sie aus Studiengebühren finanziert werden. Genauso wie eine Zusammenarbeit mit den Angestellten der Uni wichtig ist, ist sie es mit den Bildungs- und Kultureinrichtungen der Stadt. Unser Protest hat eine gesellschaftliche Dimension und sollte deswegen in verschiedenen Aktionsformen, künstlerischer, provokanter Art, aber

auch informativ mit Vorträgen und Diskussionen in die Stadt getragen werden. Zusammenarbeit aber auch zwischen den Studierenden, und im Besonderen zwischen den beiden Arbeitskreise der FaVeVe, des AK Bildung und der Initiative Volluniversität.

Die dritte Botschaft des Abends: Gemeinsame inhaltliche Positionen erarbeiten.

Ein starker Protest braucht auch starke Positionen. Um inhaltlich voran zu kommen, wurde auf dem Treffen beschlossen, eine Veranstaltungsreihe mit unterschiedlichsten Dozenten zu organisieren. Hier können die Trends einer immer weiter vorangetriebenen Entdemokratisierung der Hochschulen, das Verhältnis von Lehre und Forschung an der heutigen Uni, usw. vorgestellt und diskutiert werden. Diese inhaltliche Arbeit und Positionierung ist wichtig, damit nicht nur die Phänomene der politischen Entwicklungen (an der Hochschule) kritisiert werden, die uns besonders in diesem Semester geradezu

ins Gesicht gesprungen sind, sondern auch das Fundament, auf dem diese verortet sind, aufgedeckt und damit angegriffen werden kann.

Die vierte Botschaft des Abends: Die derzeitige Form der studentische Mitbestimmung kann in den gegebenen Strukturen unsere Interessen nicht durchsetzen.

Aus den ganzen Überlegungen hat sich faktisch ergeben, dass die studentische Mitbestimmung in der derzeitigen Form wenig Spielraum hat. Aber genau diesen müssen wir jetzt bis an seine Grenzen ausreizen. Wenn wir eine Vortragsreihe organisieren wollen, brauchen wir Geld, dieses hat die Studierendenvertretung in Stuttgart (und in ganz Süddeutschland, auf Grund der fehlenden Rechtsgrundlage für eine unabhängige Studierendenvertretung) aber leider nicht (weswegen wir wohl auch in diesem Punkt erfinderisch werden müssen). Wenn wir unseren Forderungen nach dem Erhalt einer Volluniversität, an der eigenen Uni gewichtiges Gehör verleihen

wollen, müssten wir in die neuen Umstrukturierungspläne einbezogen werden. Die Studierenden, die Gruppe an der Universität, mit der größten Zahl, werden hierbei aber nicht gehört und berücksichtigt. Wir haben damit keine Möglichkeit bei den wichtigen Entscheidungen der Universität mit zu bestimmen. Stattdessen haben Gremien, wie der Unirat, der zu mehr als 50% aus Uniexternen besteht, mittlerweile die letzte Entscheidungsgewalt über Strukturentscheidungen an der Universität (s. der Artikel zum Unirat). Diese Punkte sollten keine Grund zur Resignation sein, sondern eine Aufforderung den Protest im Wintersemester im Zeichen der Zurückeroberung studentischer Mitbestimmung fort zu setzen, denn was passiert, wenn wir nur lange genug die Augen schließen und über uns und unser Studium entscheiden lassen, statt selbst entscheiden zu dürfen, haben wir in diesem Semester eindrücklich gesehen.

von Lisa Neher

Hochschulpolitische Tagung beim DGB BaWü

Am 11.7. veranstaltete der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) BaWü die Hochschulpolitische Tagung zum Thema „Soziale und demokratische Hochschule: Bologna und die Folgen für Hochschulen, Betriebe und Verwaltungen“ in Stuttgart.

Eingeladen waren zu der kostenlosen Veranstaltung alle Interessierten, um Referenten aus Karlsruhe, Dresden, Bochum und dem Rest der Republik zu treffen. Neben den Gewerkschaften berichteten Betriebsräte, Studierende und Professoren aus ihrem Arbeitsalltag, ihrer Forschung und der politischen Arbeit.

Im einleitenden Vortrag zum Thema Bologna wurde darauf hingewiesen, dass vieles unter dem Label „Bologna“ verkauft wird, aber häufig nichts damit zu tun hat und somit als Worthülse dient, um längst geplante Änderungen umsetzen zu können. So sei der Bologna-Prozess nicht zwangsläufig mit einer strikten ökonomischen Verwertbarkeit verknüpft, auch die starke Verschulung sowie die Pflicht, einen Bachelor auf sechs Semester

und den Masterzugang zu begrenzen, seien eindeutig die Fehler der jeweils Regierenden, bzw. der Hochschulen selbst! Die Veränderungen der vergangenen Jahre, gegen die wir auf der Straße waren, sind also entgegen aller Beteuerungen der Befürworter nicht unumkehrbar, weil EU-bedingt, sondern lokal durch uns steuerbar!

Dass der Bologna-Prozess auch eine studentische Mitsprache auf ausnahmslos allen Entscheidungsebenen fordert, ist ohnehin den wenigsten bewusst.

Aus dieser Erkenntnis heraus haben daher der DGB und die Hans-Böckler-Stiftung (HBS) vor knapp einem Jahr die Arbeitsgruppe „Leitbild demokratische und soziale Hochschule“ ins Leben gerufen. Zusammengesetzt aus Studierenden, Personalräten, Hochschulforschern und Gewerkschaftlern erarbeitete sie ein Dossier, um das titelgebende Thema aus gewerkschaftlicher Sicht zu erläutern. Damit soll eine einheitliche Position zur Hochschullandschaft aller DGB-Gewerkschaften entstehen, die

immerhin 7 Mio. Mitglieder vertreten.

Mit den studentischen Themen ihres Arbeitsdokuments trifft sie die parallel erhobenen Forderungen aus dem Bildungstreik auf den Punkt: Gebührenfreiheit, Mitsprache, Wegfall aller Zulassungsbeschränkungen, freies Studieren statt Verschulung, bessere finanzielle Ausstattung der Hochschulen, insbesondere in der Lehre. Darüber hinaus greift das Papier die nur tangierten Forderungen nach Gleichberechtigung und mehr Rechten für studentische Arbeitnehmer auf.

Nachmittags wurde die Tagung in vier Workshops aufgeteilt, um in kleinen Gruppen zu etwa 15 Personen Lösungen zu den akuten Problemen zu diskutieren und zu dokumentieren. Zu Redaktionsschluss waren die Einzelergebnisse noch nicht zu bekommen, daher wird hier nur auf den Workshop „Forschung und Lehre in gesellschaftlicher Verantwortung: Mitbestimmung und Demokratie in der Hochschule?“ eingegangen, an dem der Autor selbst teilgenommen hat. Es sei aber auf die Internetseite des

DGB BaWü hingewiesen, der diese Ergebnisse online bereitstellen wird. Zunächst berichtete Wolfgang Eppler, der im Rahmen der Zusammenlegung des Forschungszentrums Karlsruhe und der dortigen Universität zum öffentlich-privaten Karlsruhe Institute of Technology (KIT), für mehr Mitsprache von Studierenden wie Angestellten kämpft, aus den vergangenen Monaten. Dem folgte eine Analyse der Hochschulräte in Deutschland, Österreich und der Schweiz von Stephan Grohs (HBS). Die Studie, stellte der Sozialwissenschaftler fest, zeige, dass die Verschiebung der Kontrolle aus den Ministerien in die Hochschulräte eine immense Stärkung der Rektorate

zur Folge hatte. Die Mitglieder der Hochschulräte haben faktisch keinen Einblick in die internen Abläufe, die demokratische Legitimierung der universitären Gremien schwindet dahin. Weitere Informationen: siehe Artikel zum Thema „Uniräte“.

Anschließend berichtete Hermann Schmeß von der Landes-Asten-Konferenz (LAK) BaWü über die geringen Einflussmöglichkeiten der Studierenden aufgrund der fehlenden Verfassten Studierendenschaft in BaWü und Bayern. Es sei keine ordentliche Studierendenvertretung zu machen, solange man in Gremien unterrepräsentiert sei, die Finanzhoheit fehle und das Recht auf freie

Meinungsäußerung der Asten (AstA: Allgemeiner Studierendenausschuss) eingeschränkt bleibe. Die für Arbeitnehmer selbstverständlichen Mitsprache- und Gestaltungsrechte, die sich über die gesetzlich vorgeschriebenen Betriebsräte ergeben, bleiben so den Studierenden verwehrt. Daher wird auch eine langfristig angelegte Kampagne zu den Verfassten Studierendenschaften, die in allen Ländern in der Mehrzahl eine erfolgreiche Arbeit leisten, angestrebt, an der sich auch der AK Bildung beteiligen wird.

von Nils Langer

Das Diktat von Lissabon

Eine skeptische Sicht auf den EU-Integrationsprozess

Am 2. Oktober stimmt Irland über unsere Freiheit ab. So jedenfalls sehen viele Kritiker die Situation um die Ratifizierung des Lissabonvertrags, welche ihre letzte Hürde wahrscheinlich in der zweiten Volksabstimmung der Iren finden wird. Von der politischen Linken, bis ins rechtskonservative Lager, hat sich mittlerweile in nahezu allen europäischen Mitgliedsstaaten eine Front gegen den Reformvertrag aufgebaut, der eine Neuauflage des an Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden gescheiterten Vertrags über eine Verfassung für Europa ist. In der Bundesrepublik wurde vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Unvereinbarkeit des Abkommens mit dem Grundgesetz geklagt. Vor drei Wochen, am 30. Juni, kam der Urteilsspruch aus Karlsruhe.

Vorneweg: dieser Text ist keine direkte Auseinandersetzung mit den Artikeln und Protokollen des Lissabonner Reformvertrags. Schon deshalb, weil die rechtspolitische Lage diesbezüglich so umfangreich und unübersichtlich ist, wird hier darauf verzichtet, den Gegenstand auf dieser Ebene anzugehen. Stattdessen beziehen sich die folgenden Zeilen auf die Kritik von Methoden und Akteuren, die den derzeitigen sog. 'EU-Integrationsprozess' prägen. Über den Integrationsprozess im Allgemeinen ebenso, wie über den Vertrag

von Lissabon, fehlt es in vielerlei Hinsicht an Aufklärung, obwohl seine Implikationen im Falle einer Ratifizierung weitreichend und für jeden EU-Bürger von höchster Bedeutung sein werden. Genau deshalb also – und weil es unmöglich ist, den Lissabonvertrag ohne den rechtshistorischen Kontext des über 50-jährigen europäischen Integrationsprozesses angemessen zu diskutieren – werden im Folgenden wichtige Kritikpunkte und Hintergründe in Form einer 'Meta'-Kritik kurz und provokant erläutert; mit der Motivation, den interessierten Leser zum Nachdenken und zur Eigenrecherche über dieses Thema anzuregen. Diese (Form der) Darlegung soll niemanden daran hindern, Kritik an ihr zu üben – im Gegenteil: sie schreit danach, ruft dazu auf, eine Gegenmeinung zu verfassen.

Verfassungsgericht genehmigt Vertrag mit Einschränkungen

Vor drei Wochen fällte das Bundesverfassungsgericht sein Urteil im Fall der Klage gegen den Vertrag von Lissabon, die von mehreren Politikern und Privatpersonen auf den Weg gebracht wurde. Der Professor für Völkerrecht, Gregor Schirmer, fasst wichtige Anklagepunkte zusammen: „Die Linksfraktion und ihre Mitglieder machten im Schwerpunkt die Verletzung des in Artikel 20 des Grundgesetzes (GG) verankerten demokratischen Prinzips durch den Lissabonner Vertrag geltend. Oskar Lafontaine,

einer der beiden Fraktionsvorsitzenden, verwies in seinem Plädoyer in der mündlichen Verhandlung auf das demokratische Defizit, die soziale und ökonomische Fehlorientierung und die Militarisierung der EU. Die anderen Antragsteller behaupteten vor allem, daß der Lissabonner Vertrag den Grundsatz der souveränen Staatlichkeit der Bundesrepublik verletze.“(1) Die Antragsgegner waren übrigens Bundesaußenminister Frank Walter Steinmeier, sowie unser allseits geschätzter Innenminister, Wolfgang Schäuble.

Das Urteil wurde mit gemischten Gefühlen von Seiten der Kläger rezipiert: einer der Hauptkläger, der CSU-Abgeordnete Peter Gauweiler, sagte, das Urteil sei „ein enormer Erfolg“;(2) während der Verfasser einer über 300-seitigen Klageschrift, der Erlanger Rechtsprofessor Karl Albrecht Schachtschneider, nüchtern von einem ungebremsten Weg in die „EU-Diktatur“ spricht.(3) Schirmer schreibt: „Das Bundesverfassungsgericht ist in den Herrschaftsmechanismus dieses Staates eingebaut und kann in einer solchen Grundsatzfrage mit internationalen Dimensionen wie der Durchsetzung von Lissabon keine der herrschenden Politik zuwiderlaufende Entscheidung treffen. (...) Das Ja des Gerichts zu Lissabon ist nicht gerade ein Sieg für all jene, die den Lissabonner Vertrag ablehnen.“ In Brüssel begrüßt man, wie zu

erwarten, das Urteil des deutschen Verfassungsgerichts und sieht es als Bestätigung für das umfassende Vertragswerk und den weiteren Integrationsprozess.(4)

Erschreckende Unwissenheit

Mal ganz ehrlich: Wer kann von sich behaupten, er habe einen Überblick über die rechtspolitische Lage in der Europäischen Union? Wer kann die Kompetenzen der unterschiedlichen EU-Institutionen von den nationalstaatlichen abgrenzen? Und wer weiß auf Anhieb, wie viele Sterne die EU-Flagge hat? 12? - Richtig! Wer die letzte Frage korrekt beantwortet hätte, der weiß immerhin mehr als unsere Volksvertreter im Bundestag; diese wurden bei der Ratifizierung des Reformvertrags, von Reportern der ARD-Sendung „Panorama“, zu dessen inhaltlichen Kernpunkten befragt, wobei sie ausnahmslos falsche oder keine Antworten gaben. Die ARD-Reportage war ein Schlag ins Gesicht der deutschen Politik, weil alle Fragen, die die Journalisten den Politikern stellten, anhand einer kurzen Lektüre von Info-Broschüren, die für die Bundesbürger gedacht waren, hätten beantwortet werden können. Doch die eigentliche Blamage für die deutschen Abgeordneten war die Frage der ARD-Reporter nach der Anzahl der Sterne auf der EU-Flagge, die - sozusagen zur Ehrenrettung – am Schluss an die Politiker gestellt wurde: keiner von den über zwanzig befragten Bundestagsabgeordneten, darunter Mitglieder aus allen Parteien, konnte eine korrekte Antwort auf diese triviale Frage geben.(5)

Obwohl die Bundestagsabgeordneten sich und ihre Parteien ordentlich blamiert haben, muss angemerkt werden, dass es wohl niemanden gibt, der den Lissabonvortrag in all seinen rechtspraktischen Implikationen und Auswirkungen zu verstehen und vorherzusehen vermag; denn dazu müsste man ihn erst einmal überblicken können. Man müsste zehntausende von Seiten, zu welchen es Querverweise und Interpretationen gibt, und die sich über ein halbes Jahrhundert europäischer Geschichte entwickelt haben, studieren und begreifen. Allein das vom Bundestag ratifizierte Vertragswerk

umfasst 274 Seiten, eine einzige, der dagegen erhobene Klageschriften, die von Schachtschneider, bereits 349. Schon hier setzt die Kritik vieler Lissabon-Gegner an: ein Vertrag, der für eine Union, mit über 500 Millionen Einwohnern, in entscheidenden Bereichen wie Demokratie, Militär und Soziales Rechtsgültigkeit beansprucht, ja die Verfassungssouveränität der Mitgliedstaaten zu untergraben droht, ist noch nicht einmal für viele Experten überschau- und einschätzbar. Die deutschen Abgeordneten haben also einen Vertrag ratifiziert, von dem sie selbst nicht wissen, auf welchen Weg er uns bringt. Tobias Pflüger (Linke) schreibt dazu passend: „Der Deutsche Bundestag hatte sich selbst mit der Zustimmung zum Lissabonner Vertrag entmachtet. [...] Die Mehrheit im Bundestag hat sich blamiert: Die Abgeordneten von CDU, CSU, FDP, SPD und Grünen haben mit dem Lissabonvertrag ihre eigenen Entscheidungsrechte in so zentralen Punkten wie dem Militäreinsatz deutscher Soldaten selbst beschnitten.“(6)

Methoden:

Ignoranz und Diffamierung

Zu denken geben, sollte bereits die Vorgeschichte des Lissabonvertrages. Dem Reformvertrag ging der eingangs erwähnte Vertrag über eine Verfassung für Europa voraus, der ursprünglich am 1. November 2006 hätte in Kraft treten sollen, aber wegen seiner Ablehnung in den Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden keine Rechtsgültigkeit erlangte. Weil es zum europäischen Integrationsprozess aber „keine Alternative“ (wenigstens hierbei sind sich alle Bundestagsparteien von der Linken bis zur CDU einig) gibt, musste ein neuer Vertrag her – zumindest formal. Inhaltlich wurden die entscheidenden Punkte des Verfassungsvertrages in den Lissabonvertrag übernommen und – ganz wichtig – der Name wurde geändert. Wie dieser neue Vertrag zustande kam, was die Kernpunkte sind, wer ihn geschrieben hat und welche Interessen dahinter stehen, darüber gibt es in der öffentlichen Debatte – gemeinhin in den Massenmedien - wenig bis gar keine Aufklärung. Nicht einmal in der Politik bemühen

sich die Befürworter von Lissabon um die Thematisierung solcher Fragen. Die Ausnahme, das Korrektiv bilden alternative und kleine Medien, die jedoch meist nur im Internet und oft an den politischen Rändern zu finden sind. Mittlerweile lehnen aber auch kleinere Parteien, von der Linken, über die ödp, bishin zur jungen Piratenpartei den Vertrag von Lissabon ab, während die Bundestagsparteien CDU, CSU, SPD, FDP und Grüne ihn unterstützen, sich aber davor hüten, das zum Wahlkampfthema zu machen.

Doch zurück zum EU-Integrationsprozess: mit einem ‘neuen’ Vertrag, so schien es, sollten schließlich die letzten Kritiker überzeugt werden und der alternativlose Integrationsprozess konnte, nach kurzzeitigem Wackeln hinter den Kulissen, weitergehen; erneute Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden lehnte man aber vorsichtshalber ab. Dafür kam nun die Absage aus Irland: ein kleines Volk widersetzte sich dem EU-Imperium und stimmte – welch Bosheit! - mit ‘Nein’. Brüssel stand unter Schock, ebenso Merkel und Sarkozy: Das können die nicht ernst meinen! Sogar der taz war das zuviel und schon war von den „Querulanten auf der Insel“ die Rede, von denen man sich die psycho-historische Frage stellte: „Was ist das für ein Volk?“ (7) Nach langem Rätseln, Fragen und Fordern gaben die ‘Eurokraten’ Dublin aber eine zweite Chance und lassen die Iren nun noch einmal über ihre und unsere Zukunft abstimmen (siehe oben). Das nennt sich wahre Demokratie: wenn das Ergebnis so lange offen und anfechtbar ist, bis es stimmt.

Übrigens: das Argument der intereuropäischen politischen Elite, man könne das Volk nicht über einen solch wichtigen und komplizierten Vertrag abstimmen lassen, da es ‘keine Ahnung’ habe, wird bereits am obigen Beispiel der deutschen Bundestagsabgeordneten hinfällig.

Welche Bedeutung die Ratifizierung des EU-Vertrages hat, mussten auch die Tschechen im Allgemeinen, und ihr Präsident Vaclav Klaus im Besonderen, erfahren. Klaus, nachdem er sich im Oktober 2008 weigerte den Vertrag

für Tschechien zu unterschreiben – und damit rechtsgültig zu machen –, weil er zunächst die Urteile der Verfassungsklagen in Deutschland, Tschechien und Polen abwarten wollte, wurde von Merkel aufgefordert die Ratifizierung unumgänglich vorzunehmen und von Nicolas Sarkozy und dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, Hans Gert Pötering, verbal heftig attackiert. Klaus prangerte daraufhin in einer Rede im europäischen Parlament an, dass jede Kritik und jede Opposition zu Lissabon mit einer EU-feindlichen Haltung gleichgesetzt werde, Kritiker systematisch mundtot gemacht und diffamiert würden. Der tschechische Präsident, der seit Januar diesen Jahres die EU-Ratspräsidentschaft inne hat, erntete Buhrufe und viele Parlamentarier verließen während seiner Ansprache den Saal.(8)

Akteure: Bertelsmann

Obwohl und gerade weil die Abfassung so intransparent verlief, die personellen Akteure und ihre Interessenlagen nur mühsam ausgemacht werden können, kann der Vertrag von Lissabon als Produkt elitärer Machart bezeichnet werden. Ein wichtiger und bekannter Mitverfasser des Vertrages ist Bertelsmann.(9) Der Krake Bertelsmann, der seine Fangarme im Bereich TV, z.B. über die RTL-Group, im Printbereich, über G+J (Stern, Spiegel) sowie im Dienstleistungsbereich (Arvato) hat, nimmt seit Jahren über Lobbyisten auch Einfluss auf politische Entscheidungen im Gesundheits- und Arbeitswesen. Des weiteren können sich jene Studenten an Bertelsmann, bzw. direkt das Centrum für Hochschulpolitik (CHE) wenden, die sich für die jüngsten Entwicklungen im Hochschulwesen, etwa die Einführung der Studiengebühren, bedanken wollen. Die Mitwirkung der Gütersloher am Reformvertrag erfolgte über das Centrum für angewandte Politikforschung (CAP) in München. „Die große Stärke des von Bertelsmann eingerichteten CAP-Instituts ist“, heißt es bei Wernicke und Bultmann, „den Diskussionprozess [für die EU-Integration] durch entsprechende Briefing-Papiere und die Organisation von Debatten vorstrukturiert zu haben.“(10)

Anhand verschiedener Veranstaltungen, ausgearbeiteter Strategiepapiere und Lobbyisten, wie Elmar Brok, mischt Bertelsmann direkt oder indirekt an der EU-Integration mit und fordert in seinem Strategie-Papier, welches den euphemistischen Titel „A European Defense Strategy“ trägt, u.a. eine neue militärische Ausrichtung der EU: „Was Europa braucht, ist eine Streitmacht, die an jedem beliebigen Punkt der Erde eingreifen, kämpfen, essen, bleiben kann.“(11) Niedergeschlagen hat sich diese Ideologie direkt im Artikel zu „Bestimmungen über die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ im Vertrag, wo es heißt: „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.“ Was sich der Bertelsmann-Konzern selbst von solch einer sicherheitspolitischen Richtung erhofft? - Vermutlich neue Aufgabenfelder für seine Dienstleister wie Arvato, die im militärischen Sektor z.B. logistische Aufgaben übernehmen können.

Inhalte: Mehr Freiheiten – aber nur für die Großen

Die Kernkritik der Gegner richtet sich meist gegen die drei folgenden Punkte des Lissabonvertrages. Zunächst gegen die Deregulierung in allen Wirtschaftsbereichen:

durch Warenverkehrs-, Niederlassungs-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrsfreiheit sowie Arbeitnehmerfreizügigkeit, werden vor allem Wettbewerbsvorteile für multinationale Großkonzerne geschaffen. In den „Allgemeine(n) Bestimmungen über das auswärtige Handeln der Union“ des Reformvertrags heißt es: „Die Union legt die gemeinsame Politik sowie Maßnahmen fest, führt diese durch und setzt sich für ein hohes Maß an Zusammenarbeit auf allen Gebieten der internationalen Beziehungen ein, um (...) die Integration aller Länder in die Weltwirtschaft zu fördern, unter anderem auch durch den schrittweisen Abbau internationaler Handelshemmnisse.“ Gerade in Zeiten einer Finanz- und Wirtschaftskrise, die hauptsächlich durch maßlose Deregulierungen im Finanz- und Wirtschaftssektor in den vergangenen Jahren mitverschuldet ist, klingen solche Paragraphen mehr als zynisch und unverantwortlich.

Wohingegen die Wettbewerbsfreiheit erweitert wird, ist von der Freiheit der EU-Bürger zur Mitgestaltung der Politik nichts zu spüren. Im Gegenteil: das Demokratiedefizit der Europäischen Union äußert sich bereits darin, dass das Europaparlament, zwar dem Namen, aber nicht der Sache nach, ein Parlament ist: es hat kein Legitimations- und kein Initiativrecht. Auch das Bundesverfassungsgericht stellte in seinem Urteil ein „strukturelle(s) Demokratiedefizit“ (Schirmer) „der europäischen Hoheitsgewalt“ fest. Schachtschneider geht noch weiter: Für den Kantianer mündet der Integrationsprozess in eine bürokratische Diktatur. Er sieht die Freiheit und damit das für ihn grundsätzliche Recht des „Menschen, als Mensch“, der „ein Recht auf Recht“ hat, bedroht.(12) Die eigentliche Macht in der Union, so Schachtschneider, hat (bereits heute) der Europäische Gerichtshof, welcher das Recht setzt und sich über die jeweiligen Verfassungen der Mitgliedsstaaten in vielen Bereichen umgehen kann.(13)

Der letzte Kritikpunkt richtet sich gemeinhin gegen die geplante Aufrüstung der militärischen Streitkräfte in der EU, welche zuvor bereits angeschnitten wurde. Ganz nach Bertelsmann-Doktrin, soll es eine gemeinsame „Europäische Verteidigungsagentur“ geben, die, nach Auffassung von Experten, zusammen mit namhaften Rüstungsunternehmen einen ‘EU-militärisch-industriellen-Komplex’ bilden wird. Vorantreiben soll die Aufrüstung vor allem der ‘harte Kern’ der EU-Staaten: Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien etc. Nicht nur die Begründung zur Aufrüstung mit der „Terrorbekämpfung“ erinnert hier an das Vorbild USA, welches man in hegemonialer Hinsicht offenbar kopieren will.(14)

Zusammengefasst

Bereits heute werden über 80 Prozent der Gesetze und Verordnungen, der Normen und Leitlinien, die für die Bundesrepublik relevant sind, nicht in Deutschland, sondern in Brüssel gemacht; betroffen sind alle Bereiche vom Lebensmittelrecht über das Unternehmensrecht bis hin zur gesetzlichen Normierung von Kinderspielzeug. Recht wird tagtäglich

in Brüssel gesetzt und ausgelegt - von einem Gerichtshof, dessen Legitimationsgrundlage fragwürdig ist und auf den wir so gut wie keinen Einfluss haben, von Richtern, die selbst keinen Überblick über die unterschiedlichen Rechtslagen der 27 Mitgliedstaaten haben können; Schachtschneider weist auf die praktische Unmöglichkeit hin, auch nur die Rechtsordnung eines einzigen Staates bis ins Detail überblicken zu können, von 27 ganz zu schweigen. Recht wird also tagtäglich geschaffen, verändert und gesprochen, aber anhand welcher Kriterien, zu welchem Zweck und mit welchen Auswirkungen – und vor allem: In wessen Namen? Wir wissen nichts über die Vorgänge in Brüssel – womit wir wieder am Anfang wären. Der renommierte finnische Völkerrechtler und ebenfalls Kritiker des EU-Integrationsprozesses, Martii Koskeniemi, beschrieb auf der Züricher Tagung „Auslaufmodell Demokratie?“ das Entstehen und Vergehen von Recht und Ordnung metaphorisch:

„When we go to sleep, in the case of law, there is nothing, a desert. But when we wake up in the morning, suddenly, there might be a jungle of laws and orders and no one knows, where it came from.“(15)

Betrachtet man abschließend die Akteure, die Methoden und die inhaltlichen Aspekte rund um den gesamten Integrationsprozess und den Lissabonner Vertrag, so kann zusammenfassend gesagt werden: die Akteure sind politische Eliten, deren Interessen und Beeinflussung von außen großteils im Verborgenen liegt; ihre Methoden sind höchst undemokratisch: der Vertrag muss kommen, es gibt keine öffentliche Aufklärungsarbeit, keine Volksentscheide (Ausnahme: Irland) und nicht selten wird die Opposition als euroskeptisch und reaktionär diffamiert; die Inhalte sind, zusammengefasst: die Abgabe entscheidender Kompetenzen an die Brüsseler Bürokratie, die

verordnete Zentralisierung und Aufrüstung des Militärs, sowie die Deregulierung der Wirtschafts- und Finanzmärkte. Die vermeintliche ‘Stärkung’ des Parlaments, von der bei den Lissabon-Befürwortern immer wieder die Rede ist, ist hinfällig, da ein Parlament, dem die entscheidenden Befugnisse, das Initiativ- und das Beschlussrecht, fehlen, schlicht nicht den rechtlichen Status eines solchen hat.

Im Grunde kann man den Fall ‘Reformvertrag’ daraufherunterbrechen, dass ein Konflikt zwischen jenen besteht, die eine „handlungsfähige EU“ um jeden Preis wollen, und jenen, die Angst haben, entscheidende Kompetenzen abzugeben und Rechte, die auf nationalstaatlicher Ebene noch rudimentär vorhanden sind, zu verlieren. Die Eurokraten versprechen zwar, das Konstrukt ‘top down’ demokratisch zu machen, wenn der Vertrag erst einmal ratifiziert ist. Die Kritiker nehmen ihnen das aber nicht ab. In Ansehung der oben aufgeführten Punkte gibt es für eine gesunde Skepsis auch mehr als gute Gründe. Ein ‘Nein’ der Iren am 2. Oktober, wäre, um Schirmer zu zitieren, „möglich und wünschenswert“ und für „den Fortgang der europäischen Integration kein Unglück. Im Gegenteil: Ein neuer Ansatz für die Erarbeitung, Diskussion und Verabschiedung einer echten Verfassung der Union durch die Völker wäre gegeben.“

von Alan Schink

Quellen:

- (1) Ja, aber, Gregor Schirmer, junge Welt, 08.07.09
<http://www.jungewelt.de/2009/07-08/041.php>
- (2) „Ein enormer Erfolg“, SPIEGEL-ONLINE, 30.06.09 <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,633523,00.html>
- (3) Vortrag Schachtschneider, Fulda, 04.07.09
<http://www.nuoviso.tv/politik-a-recht/der-lissabonner-vertrag.html>

(4) Brüssel bejubelt Karlsruher Urteil, SPIEGEL-ONLINE, 30.06.09

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,633518,00.html>

(5) PANORAMA, ARD, 12.05.05

<http://daserste.ndr.de/panorama/media/euverfassung100.html>

(6) <http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/005801.html>

(7) „Die Querulanten von der Insel“, taz, 14.06.08

<http://www.taz.de/1/politik/europa/artikel/1/die-querulanten-von-der-insel/>

(8) Pressestatement Klaus: <http://www.youtube.com/watch?v=Wwfe8pac7AA>

Demokratie im Parlament: <http://tinyurl.com/lvrp7q> und <http://tinyurl.com/nrpayr>

(9) Vgl. Wernicke, Bultmann: Netzwerk der Macht – Bertelsmann, Marburg, 2007

(10) Ebd. S. 447

(11) Ebd. S. 455

(12) Ist Europa noch zu retten?, PHOENIX Runde, 01.07.08

Auszug: <http://www.youtube.com/watch?v=sMPi2it6WGI&hl=de>

(13) Vortrag Schachtschneider, Salzburg, März 2007

<http://tinyurl.com/mpugh3> Vgl. auch (3)

(14) Vgl. Wernicke, Bultmann, S. 455ff auch: <http://www.schattenblick.info/infopool/europool/politik/eupsi056.html>

(15) Sinngemäß zitiert nach Martii Koskeniemi, auf der Veranstaltung „Auslaufmodell Demokratie?“, Zürich, 28.05.09